

AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – November 2020

Inhalt

Nachrichten aus den EU-Institutionen	1
Rat der EU: Ausweitung der EU-Jugendgarantie.....	1
EU-Kommission: Aktionsplan für Integration und Inklusion 2021-2027	1
EU-Kommission: Aktionsplan für die Gleichstellung der Geschlechter.....	1
EU-Kommission arbeitet am Kampf gegen sexuellen Missbrauch an Kindern	2
Nachrichten aus den europäischen Staaten.....	2
Dänemark: Strategie für Zusammenarbeit mit privaten Stiftungen zur Unterstützung von Kindern	2
Dänemark: Gesetzesreform zur besseren Inklusion geplant.....	2
Frankreich: Bericht über Implementierung der Strategie für Prävention und Kinderschutz	2
Griechenland: Kostenloses Schulessen für ausgewählte Grundschulen.....	3
Slowakei: Programm gegen Mobbing an Schulen	3
Spanien: Bericht über Schulbildung während der Covid-19-Pandemie	3
Österreich: ExpertInnen fordern einheitliche Kinderschutzkonzepte	3
Schweiz: Änderungen im Bereich der Pflege geplant.....	4
Schweiz: Große Flexibilität für ArbeitnehmerInnen mit Betreuungsaufgaben	4
Weitere Nachrichten.....	4
Gemeinsame Erklärung zivilgesellschaftlicher Organisationen zum Mindesteinkommen	4
Aufruf zu einer Europäischen Kinder-Union	5
ELFAC: Erster Kongress familienfreundlicher Kommunen	5
Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen	5
BAGSO und AGE: Erklärung zur Teilhabe älterer Menschen an der Digitalisierung.....	5
UNICEF: Bibliothek mit Informationen zu Auswirkungen der Covid-19-Pandemie für Kinder	6
Positionspapier der Fach- und Förderstellen Internationaler Jugendarbeit.....	6
Berichte und Studien	6
COFACE: Policy Brief zu Familie und Arbeit in der Covid-19-Pandemie.....	6
EIGE: Gender Equality Index 2020	7
OECD: Bericht zu Gesundheitssystemen in Europa 2020.....	7
UNICEF: Bericht zu Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf Kinder weltweit	7
Eurochild: Bericht zur Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf Kinder in Europa	8
Ausschuss für Sozialschutz: Jahresbericht 2020	8
Bevorstehende Veranstaltungen.....	9

Nachrichten aus den EU-Institutionen

Rat der EU: Ausweitung der EU-Jugendgarantie

Der Rat der EU hat den Vorschlag zur Ausweitung der EU-Jugendgarantie angenommen. Mit Blick auf die wirtschaftlichen Folgen der Covid-19-Pandemie hatte die Kommission vorgeschlagen, die EU-Jugendgarantie zu erweitern (s. [EuropaNews 10/2020](#)). Sie wird nun auf Menschen bis zum Alter von 30 Jahren ausgeweitet. Die Jugendgarantie sichert damit allen arbeitslosen Jugendlichen in Europa zwischen 15 und 29 Jahren ein Angebot innerhalb von vier Monaten zu. Nicht immer handelt es sich dabei um reguläre Arbeits- oder Ausbildungsplätze. Auch Praktika und Weiterbildungsmaßnahmen werden über das Programm vermittelt. Das Ausmaß der Jugendarbeitslosigkeit in Europa ist sehr unterschiedlich: Im EU-weiten Durchschnitt sind 17 Prozent der erwerbsfähigen jungen Menschen arbeitslos, in Deutschland aktuell 5,7 Prozent. Finanziert wird die EU-Jugendgarantie aus Mitteln des Aufbaufonds NextGenerationEU und des mehrjährigen Finanzrahmens.

- [Zur Entschließung des Rates zur Ausweitung der Jugendgarantie](#) 

EU-Kommission: Aktionsplan für Integration und Inklusion 2021-2027

Die EU-Kommission hat den Aktionsplan für Integration und Inklusion für die Jahre 2021-2027 vorgestellt. Zur Gestaltung der Sozialpolitik in den Mitgliedstaaten werden Leitlinien vorgeschlagen, die auf eine inklusive Gestaltung des Bildungssystems, die Anerkennung der Qualifikationen von MigrantInnen, die Förderung des Zugangs zum Gesundheitssystem und angemessenem bezahlbarem Wohnraum zielen. Heute hätten zehn Prozent der jungen Menschen in der EU zwischen 18 und 34 Jahren einen Migrationshintergrund und acht Prozent der EinwohnerInnen der EU seien außerhalb der EU geboren. In vielen Branchen und besonders systemrelevanten Berufen spielten sie bereits eine entscheidende Rolle. Dennoch bestehen weiterhin Barrieren im Zugang zu Bildung, Beschäftigung und Gesundheitsversorgung. Der Europäische Sozial- und Wirtschaftsausschuss hat eine Stellungnahme zur Integration von Frauen, Müttern und Familien mit Migrationshintergrund veröffentlicht. Darin wird darauf hingewiesen, dass politische Maßnahmen so konzipiert werden müssten, dass sie z.B. die Förderung von Integration mit der Förderung von Geschlechtergleichheit verknüpfen. Migrantinnen bräuchten die Anerkennung ihrer Bildungsabschlüsse, Zugang zu Sprachkursen und Weiterbildungen.

- [Aktionsplan für Integration und Inklusion 2021-2027](#)  
- [EU-Aktionsplan gegen Rassismus 2020-2025](#) 
- [Stellungnahme zur Integration von Frauen, Müttern und Familien mit Migrationshintergrund](#)

EU-Kommission: Neuer Aktionsplan für die Gleichstellung der Geschlechter

In diesem dritten EU-Aktionsplan zur Gleichstellung der Geschlechter wird erstmalig die Förderung der Gleichstellung im auswärtigen Handeln in den Fokus gestellt. In allen Sektoren soll die Perspektive des Gender Mainstreaming systematisch einbezogen und bis zum Jahr 2025 85 Prozent der außenpolitischen Maßnahmen zu diesem Ziel beitragen. Auch innerhalb der EU soll diese Leitlinie für die Arbeit aller Ebenen Anwendung finden. Weitere Schwerpunktbereiche bleiben die Bekämpfung von Gewalt an Frauen und Mädchen, die Sicherung ihres Zugangs zu Gesundheitsversorgung und die Förderung ihrer sozialen, politischen und wirtschaftlichen Teilhabe.

- [Download des Aktionsplans für die Gleichstellung](#) 

EU-Kommission: Kampf gegen sexuellen Missbrauch an Kindern

Anlässlich des Europäischen Tags gegen sexuellen Missbrauch an Kindern hat die EU-Kommission auf die Wichtigkeit der Bekämpfung dieser Gewaltform hingewiesen. Insbesondere die Fälle sexuellen Missbrauchs im Internet seien in den letzten Jahren angestiegen. Diese Entwicklung habe sich im Zuge der Covid-19-Pandemie noch verschärft. Dies könnte im Zusammenhang mit Reisebeschränkungen stehen, die dazu geführt hätten, dass Täter die Inhalte verstärkt im Internet verbreiteten. Es sei die Pflicht der EU, die Prävention von Straftaten in diesem Bereich zu stärken und Hilfsangebote für Betroffene auszubauen. Die EU-Kommission hatet im Juli diesen Jahres eine EU-Strategie zur wirksameren Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern verabschiedet (s. [EuropaNews 07/20](#)). Sie setzt sich zudem für eine rechtliche Regelung ein, die es Online-Kommunikationsdiensten ermöglicht, trotz gültiger Datenschutzverordnungen Inhalte sexuellen Missbrauchs an Kindern zu erfassen.

Nachrichten aus den europäischen Staaten

Dänemark: Strategie für Zusammenarbeit mit privaten Stiftungen zur Unterstützung von Kindern

Das dänische Ministerium für Soziales und Inneres hat eine Strategie vorgestellt, mit der die Zusammenarbeit mit privaten Stiftungen zur Unterstützung von Kindern intensiviert werden soll. Geplant ist ein regelmäßiger Wissensaustausch des Ministeriums mit verschiedenen Akteuren im sozialen Bereich. In der fachlichen Unterstützung privater Stiftungen wird eine Möglichkeit gesehen, die Mittel für die Bedürfnisse benachteiligter Kinder zielgerichteter einzusetzen. Staatliche und privat geförderte Projekte könnten zudem durch engeren Austausch besser aufeinander abgestimmt werden und sich ergänzen. Auch Kommunen und die Zivilgesellschaft sollen in den geplanten Dialog einbezogen werden.

Dänemark: Gesetzesreform zur besseren Inklusion geplant

Das 2018 eingeführte eigene Gesetz zum Schutz von Menschen mit Behinderungen vor Diskriminierung soll nun reformiert werden, um die Inklusion von Kindern mit Behinderungen zu verbessern. Schulen und Kitas werden verpflichtet, sich so auf die Bedürfnisse von Kindern mit Behinderungen einzustellen, dass sie an allen sozialen Aktivitäten teilnehmen können. Organisationen für Menschen mit Behinderungen und das Institut für Menschenrechte hatten darauf hingewiesen, dass ein Verbot von Diskriminierung nicht automatisch zu umfassender Inklusion führe.

Frankreich: Bericht über Implementierung der Strategie für Prävention und Kinderschutz

Im Jahr 2019 hatte das französische Ministerium für Solidarität und Gesundheit in Zusammenarbeit mit ExpertInnen und Familien die Nationale Strategie für Prävention und Kinderschutz ausgearbeitet. Sie sollte dafür sorgen, in Frankreich ein zentral koordiniertes System von Prävention und Kinderschutz zu errichten. Nun wurde ein Bericht veröffentlicht, der die Implementierung dokumentiert. Verantwortlichkeiten der verschiedenen Einrichtungen aus dem Bildungs-, Gesundheits- und Sozialsystem wurden neu sortiert. Außerdem wurden erstmalig landesweit gültige Richtlinien für Fachkräfte im Bereich Kinderschutz erarbeitet. Zudem wurde ein System zur Evaluation von Einrichtungen eingeführt. Für Pflegeeltern wurde ein verpflichtender Vorbereitungskurs eingeführt, in dem Voraussetzungen für die Eignung als Pflegefamilie vermittelt werden.

Griechenland: Kostenloses Schulessen für ausgewählte Grundschulen

Mit einem neuen Programm des griechischen Ministeriums für Bildung und Religion erhalten SchülerInnen ausgewählter staatlicher Grundschulen im Schuljahr 2020/2021 kostenloses Schulessen. Dafür ausgewählt werden Grundschulen, die sich in Bezirken mit wirtschaftlichen Problemen befinden oder an denen ein großer Anteil der Kinder von Armut und sozialer Exklusion betroffen sind. Wird eine Schule für das Programm ausgewählt, erhalten alle SchülerInnen das kostenlose Mittagessen. Es findet keine individuelle Bedürftigkeitsprüfung statt.

Slowakei: Programm gegen Mobbing an Schulen

Das slowakische Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Sport hat zusammen mit zwei zivilgesellschaftlichen Organisationen zum Kinderschutz das Projekt „Wir tun etwas“ gegen Mobbing gestartet. Für die Ausarbeitung des Projekts wurden qualitative Untersuchungen durchgeführt. Diese zeigen, dass das Thema für Kinder sehr präsent und angstbesetzt ist und sie häufig nicht darauf vertrauen, dass Erwachsene gegen Mobbing helfen können. Das Projekt soll Hilfe für betroffene Kinder und besorgte Eltern und PädagogInnen anbieten und das Problembewusstsein für das Thema in der Öffentlichkeit stärken. Für eine anonyme Beratung wurden eine rund um die Uhr erreichbare Hotline und ein zu ausgewählten Zeiten nutzbarer Chat eingerichtet. Auf der Website stehen zudem Informationen zum Thema Mobbing in Video- und Textform zur Verfügung.

Spanien: Bericht über die verschiedenen Formen der Schulbildung während der Covid-19-Pandemie

Zu den untersuchten verschiedenen Formen im Bericht des spanischen Bildungsministeriums zählte vor allem die Einführung von Online-Fernunterricht während der Zeit der Schulschließungen. In den Übergangsphasen wurden auch hybride Modelle mit einigen Stunden Präsenzunterricht und ergänzendem Online-Unterricht erprobt. Für den Online-Unterricht wurden Schulungsunterlagen für Lehrkräfte zur Verfügung gestellt und Online-Schulungen durchgeführt. Für SchülerInnen, Familien und Lehrkräfte wurde das Portal „Ich lerne Zuhause“ gestartet, auf dem Lernressourcen abgerufen und der Austausch zwischen SchülerInnen und LehrerInnen stattfinden konnte. Zur Unterstützung des Online-Unterrichts zuhause und für Kinder ohne Zugang zum Internet wurde eine Kooperation mit dem Fernsehsender RTVE gestartet, der von Montag bis Freitag fünf Stunden am Tag ein Programm mit Bildungsinhalten für SchülerInnen zwischen 6 und 16 Jahren gesendet hat. Publikumsdaten zeigen, dass das Programm in den 60 Tagen seiner Ausstrahlung von rund 31 Prozent der Bevölkerung geschaut wurde.

Österreich: ExpertInnen fordern einheitliche Kinderschutzkonzepte

Österreichische ExpertInnen aus dem Bereich Kinderschutz fordern einen einheitlichen gesetzlichen Rahmen für die Umsetzung von Kinderschutzkonzepten in Organisationen. Diese Konzepte bildeten die Grundlage dafür, dass Kinder in Organisationen sicher seien und sich dort wohl fühlten. In der Ausarbeitung solcher Schutzkonzepte setzten sich die Mitglieder von Organisationen mit den Risiken auseinander, die innerhalb der Organisation für das Kindeswohl bestehen. Sie legen Maßnahmen zur Minimierung dieser Risiken und Regeln zum Umgang mit Verdachtsfällen fest. Dies führe dazu, dass MitarbeiterInnen sich ihrer Verantwortung bewusster seien und Handlungssicherheit erlangten. Mit Mitteln aus dem EU-Projekt „Safe Places“ wurde eine Plattform errichtet, auf der Organisationen sich für die Implementierung von Kinderschutzkonzepten Unterstützung suchen können.

- [Plattform Kinderschutzkonzepte](#)

Schweiz: Änderungen im Bereich der Pflege geplant

In der Schweiz soll ein Pilotprojekt zum Einsatz von Zivildienstpflichtigen in der ambulanten Pflege konzipieren werden. Zivildienstpflichtige entlasten in der Schweiz bereits Pflegebetriebe bei der ambulanten Pflege und Betreuung. Mit dem Pilotprojekt soll überprüft werden, ob und in welcher Form Zivildienstpflichtige zukünftig regulär für diese Aufgabe eingesetzt werden können. Für einen ordentlichen Einsatz Zivildienstpflichtiger im Pflegebereich müsste das Zivildienstrecht reformiert werden. Diskutiert wird derzeit im Bundesrat außerdem eine Reform der Finanzierung der Pflege. Eine Reform zur Vereinheitlichung der Kosten im Bereich der medizinischen Versorgung ist bereits geplant. Bei stationären Behandlungen übernehmen derzeit die Kantone 55 Prozent der Kosten und die Versicherung 45 Prozent der Kosten, während bei der ambulanten Versorgung die gesamten Kosten von der Versicherung getragen werden. Die Kantone fordern nun, auch für den Bereich der Pflege eine einheitliche Kostenaufteilung nach einem festen Schlüssel zu erarbeiten.

Schweiz: Vereinbarkeit von Beruf und Familie im europäischen Vergleich

Das Bundesamt für Statistik der Schweiz schließt aus ihrer Auswertung von Daten zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie aus dem Jahr 2018, dass die Flexibilität für ArbeitnehmerInnen mit Betreuungsaufgaben sei in der Schweiz im europäischen Vergleich groß sei. So könnten 70 Prozent der Arbeitnehmenden Beginn und Ende ihrer Arbeitszeit aus familiären Gründen spontan verschieben und 53 Prozent ganze Arbeitstage freinehmen, ohne dafür einen Urlaubstag verwenden zu müssen (Österreich: 49 bzw. 38 Prozent in Österreich; 32 bzw. 21 Prozent in Frankreich). Der Anteil der ArbeitnehmerInnen, die mindestens ein Hindernis zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf sehen, sei hingegen sehr ähnlich: Zwischen 60 und 65 Prozent sowohl in der Schweiz, Österreich, Deutschland, Frankreich und Italien gaben an, dass die Arbeitszeiten oder lange Arbeitswege für die Vereinbarkeit hinderlich seien. Mehr als ein Viertel der Frauen mit Betreuungsaufgaben unterbrechen in der Schweiz und Österreich ihre Erwerbsarbeit für mehr als fünf Jahre (Deutschland: 22, Frankreich: 10 und in Italien 7 Prozent).

- [Vereinbarkeit von Beruf und Familie in der Schweiz und im europäischen Vergleich im Jahr 2018](#) 

Weitere Nachrichten

Gemeinsame Erklärung zivilgesellschaftlicher Organisationen zum Mindesteinkommen

Das European Anti-Poverty Network (EAPN), die Caritas, der Europäische Gewerkschaftsbund, Social Platform und Eurodiaconia haben eine gemeinsame Erklärung veröffentlicht, in der sie mit Verweis auf die Europäische Säule sozialer Rechte die EU-Kommission zur Ausarbeitung konkreter Maßnahmen zur EU-weiten Sicherung eines ausreichenden Mindesteinkommens auffordern. Der Rat der EU hatte im Oktober eine Schlussfolgerung zur Stärkung der Mindestsicherung angenommen (s. [EuropaNews 10/2020](#)), der sich die Erklärung anschließt. Sie weist darauf hin, dass ein Fünftel der Menschen in der EU bereits vor der Coronakrise von Armut und sozialer Exklusion betroffen waren. Nur zwei der EU-Mitgliedstaaten zahlten aktuell eine Mindestsicherung, die der Armutsgrenze nahekämen. In einigen Mitgliedstaaten erreichten diese Leistungen nur 20% der Armutsgrenze. 33 zivilgesellschaftliche Organisationen, 45 Abgeordnete des Europäischen Parlaments und 42 WissenschaftlerInnen haben das gemeinsame Statement unterzeichnet.

- [Gemeinsame Erklärung zum Mindesteinkommen](#)  

Aufruf zu einer Europäischen Kinder-Union

Anlässlich des weltweiten Tages der Kinderrechte ruft eine Initiative der Foundation for European Progressive Studies (FEPS) mit sozialdemokratischen und sozialistischen Gruppen aus dem EU-Parlament und dem Ausschuss der Regionen zu einer Europäischen Kinder-Union auf. Gefordert wird u.a., dass die EU-Kindergarantie zügig in Kraft treten müsse. Auch die ausreichende Finanzierung über den EU-Haushalt und die Mitgliedstaaten müsse darin festgeschrieben sein. Der sozialpolitische Fokus auf Kinder müsse ein zentraler Baustein der EU-Krisenbewältigung werden. Dazu gehöre eine ausreichende finanzielle Ausstattung des Programms Next Generation EU. Außerdem wird gefordert, den Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung und Betreuung als Rechtsanspruch abzusichern. Über 300 VertreterInnen aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft haben den Aufruf unterzeichnet. UnterstützerInnen sind weiterhin aufgefordert, ihn zu unterzeichnen und zu teilen.

- [A Call for A Child Union](#) 

ELFAC: Erster Kongress familienfreundlicher Kommunen

Die European Large Families Confederation (elfac) hatte im Jahr 2018 gemeinsam mit der italienischen Provinz Trentino die Initiative European Network of Family-Friendly Municipalities gestartet. Das Netzwerk soll einen europaweiten Austausch von Informationen, Ressourcen und praktischen Empfehlungen zur familienfreundlichen Gestaltung der Kommunen ermöglichen. Auf dem ersten Kongress familienfreundlicher Kommunen lag der Schwerpunkt auf den demografischen und sozialen Herausforderungen und politischen Maßnahmen auf kommunaler Ebene. Eine Video-Dokumentation der Online-Veranstaltung steht auf der Website von elfac zur Verfügung.

- [1st European congress of family friendly municipalities](#) 

Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen

Zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen am 25. November sind die jährlichen 16 Aktionstage der UN gestartet (bis zum 10. Dezember, dem Internationalen Tag der Menschenrechte). Sie sollen darauf aufmerksam machen, dass die körperliche Unversehrtheit von Frauen ein Menschenrecht ist. Die EU-Institutionen unterstützen die Kampagne, die in diesem Jahr unter dem Motto "Orange the World: Fund, Respond, Prevent, Collect!" steht. Die Kampagne ruft dazu auf, für Projekte gegen Gewalt an Frauen zu spenden und unter den Hashtags #16days und #OrangeTheWorld für Aufmerksamkeit in sozialen Medien zu sorgen. In diesem Jahr sei die Zahl der Gewalttaten gegen Frauen aufgrund der Covid-19-Pandemie deutlich angestiegen. Die Pandemie habe zudem ökonomische und gesellschaftliche Unsicherheiten, Arbeitslosigkeit und teilweise Versorgungslücken ausgelöst, die als Risikofaktoren für Gewalt an Frauen und Mädchen gelten.

- [UN Women Deutschland: Orange The World](#)
- [UN-Women: Impact of COVID-19 on violence against women and girls](#) 

BAGSO und AGE: Erklärung zur Teilhabe älterer Menschen an der Digitalisierung

AGE Platform Europe und die Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO) haben eine gemeinsame Erklärung zu den EU-Ratsschlussfolgerungen zu „Menschenrechten, Teilhabe und Lebensqualität älterer Menschen im Zeitalter der Digitalisierung“ (s. [Europa-News 10/20](#)) veröffentlicht. Grundsätzlich begrüßen

sie die geplanten Maßnahmen und weisen darauf hin, dass ältere Menschen in ihrer Vielfalt wahrgenommen und angesprochen werden müssen, um die digitale Kluft zwischen den Generationen zu schließen. Die Fähigkeiten älterer Menschen müssten bei der Gestaltung digitaler Angebote berücksichtigt werden. Gefordert wird, dass alle älteren Menschen Zugang zu digitaler Technik erhalten: Geräte und Infrastruktur müssten finanziell Schwachen zur Verfügung gestellt werden. Zum Erlernen des Umgangs mit digitalen Medien sollten für ältere Menschen Kurse angeboten werden. Neben der digitalen solle auch die analoge Teilhabe erhalten bleiben. Zentral sei dabei der Zugang zu qualitativ hochwertiger Pflege für alle.

- [Erklärung der BAGSO und der AGE Platform Europe zur digitalen Teilhabe älterer Menschen](#) 

UNICEF: Bibliothek mit Informationen zu Auswirkungen der Covid-19-Pandemie für Kinder

Die Forschungseinrichtung Office of Research-Innocenti von UNICEF hat eine virtuelle Bibliothek geschaffen, in der Forschungsergebnisse zu den Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf Kinder und Jugendliche weltweit gesammelt werden. Das Projekt konzentriert sich auf sozio-ökonomischen Folgen der Pandemie für Kinder und Jugendliche. Aufgenommen werden wissenschaftliche Publikationen, die sich auf neue empirische Kenntnisse stützen. Damit soll ein Weg gefunden werden, Ergebnisse schon vor langwierigen Peer-Review-Verfahren zur Verfügung zu stellen und dabei die Verbreitung von Desinformation zu bekämpfen.

- [Children and COVID-19 Research Library](#) 

Positionspapier der Fach- und Förderstellen Internationaler Jugendarbeit

Die Fach- und Förderstellen europäischer und internationaler Jugendarbeit in Deutschland haben sich der Initiative #internationalheart angeschlossen. Anlässlich einer Aktionswoche der Initiative rufen sie zur Erhaltung der internationalen Jugendarbeit während der Covid-19-Pandemie und für die Zeit danach auf. Internationale Begegnungen böten für junge Menschen Impulse für persönliche und berufliche Perspektiven und ein Bewusstsein für das internationale Engagement für die Demokratie. Da durch die Coronakrise viele geplante Projekte und Treffen abgesagt werden mussten, sei der Erhalt von Organisationen in Deutschland und in Partnerländern nicht gesichert. Gefordert wird eine nachhaltige Förderung der internationalen Jugendarbeit, damit sie Krisen wie diese überstehen kann. Außerdem wird angeregt, digitale Austauschangebote zu fördern und Konzepte auszuarbeiten, wie Begegnungen unter Bedingungen der Pandemie sicher gestaltet werden können.

- [Europäische und Internationale Jugendarbeit – Neue Wege 2021](#) 

Berichte und Studien

COFACE: Policy Brief zu Familie und Arbeit in der Covid-19-Pandemie

COFACE Families Europe hat einen Policy Brief zur Situation von Familien in der Covid-19-Pandemie und den sozialpolitischen Maßnahmen zu ihrer Unterstützung vorgestellt. Belastungen seien Einkommensverluste durch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, aber auch Probleme mit der Kinderbetreuung. Familien, die besonders von Armut und sozialer Exklusion gefährdet sind, trafen die Auswirkungen der Pandemie noch stärker. Dazu gehören Familien mit Migrationshintergrund, Alleinerziehende, Familien mit Menschen mit Behinderungen und Familien, in denen die Eltern arbeitslos sind. Die familienunterstützenden Maßnahmen sind unterteilt in Regelungen für Sonderurlaub



bzw. Arbeitszeitreduzierung und Geldleistungen. Darüber hinaus werden Instrumente vorgeschlagen, die die Work Life Balance von Familien verbessern könnten. Dazu gehöre eine verbesserte Arbeitszeitautonomie, wofür das Arbeitsrecht auf mobiles Arbeiten ausgerichtet werden müsse. Außerdem müsse verstärkt in Betreuungs- und Pflegeangebote investiert werden, um Familien zu entlasten.

- [The changing face of work and family life under COVID-19](#)  

EIGE: Gender Equality Index 2020

Der Index der Geschlechtergleichheit (Gender Equality Index) des European Institute for Gender Insitute wird aus Indikatoren verschiedener gesellschaftlichen Bereiche erstellt und soll damit den Stand der Geschlechtergleichheit in der EU vergleichbar abbilden. Die Bereiche sind Arbeit, Geld, Wissen, Zeit, Macht und Gesundheit. Seit 2015 erscheint jährlich eine Gesamtübersicht und je eine Auswertung zu den Mitgliedstaaten. In diesem Bericht liegt der EU-Durchschnitt des Index bei 67,9 von 100 Punkten (Deutschland: 67,5 Punkte). Die größten Geschlechterunterschiede bestehen in der EU im Bereich der Macht, der nur einen Indexwert von 53,5 erreicht. Die Indikatoren in diesem Bereich setzen sich aus Frauenanteilen in politischen Ämtern, in verantwortlichen Positionen in der Wirtschaft und im zivilgesellschaftlichen Bereich zusammen. Ein besonderes Augenmerk liegt im diesjährigen Bericht auf der Digitalisierung und der Zukunft der Arbeit. Hier zeigt sich ein ähnliches Nutzungsverhalten digitaler Medien bei jungen Menschen. In den älteren Generationen liegen Frauen in der Nutzung etwas zurück. Im Bereich der Beschäftigung im Sektor Informations- und Kommunikationstechnologie sind die Geschlechterunterschiede ausgeprägter: Hier liegt der Frauenanteil bei nur 18 %.

- [Gender Equality Index 2020](#) 

OECD: Bericht zu Gesundheitssystemen in Europa 2020

Der Bericht „Health at a Glance: Europe“ der OECD erscheint alle zwei Jahre und vergleicht auf Grundlage öffentlich zugänglicher Indikatoren die Gesundheitssysteme der europäischen Länder. Im ersten Teil des Berichts sind die Covid-19-Pandemie und die Luftverschmutzung die Themenschwerpunkte. Besonders erfolgreich in der Eindämmung der Verbreitung des Coronavirus seien Norwegen und Finnland, wo die Test- und Nachverfolgungsstrategien schnell und effizient umgesetzt wurden und die Mitwirkungsbereitschaft der Bevölkerung hoch sei. Der Bericht empfiehlt zur Vorbereitung auf künftige Gesundheitsgefahren höhere Investitionen in die Gesundheitssysteme und mehr Unterstützung für besonders gefährdete Gruppen. Hinsichtlich der Luftverschmutzung habe sich die Luftqualität in den letzten zwanzig Jahren durchschnittlich zwar verbessert, sie liege jedoch besonders in Städten zumeist noch deutlich über den Empfehlungen der WHO. Im zweiten Teil des Berichts werden allgemeine Indikatoren zur öffentlichen Gesundheit, Risikofaktoren und zur Finanzierung und Leistungsfähigkeit der Gesundheitssysteme verglichen.

- [Health at a Glance: Europe 2020](#) 

UNICEF: Bericht zu Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf Kinder weltweit

UNICEF hat den Bericht „Beyond Masks: Societal impacts of COVID-19 and accelerated solutions for children and adolescents“ veröffentlicht, in dem die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf Kinder weltweit dargestellt werden. Der Bericht ist unterteilt in die Bereiche körperliche und psychische Gesundheit, Wirtschaft und Gleichberechtigung, Bildung und Ausbildung, Gewalt und Konflikte, Familienbeziehungen und soziale Netzwerke.

Im Bereich Gesundheit sei die Pandemie selbst eine Bedrohung, insbesondere für ältere Kinder. Außerdem können regelmäßige Vorsorgeuntersuchungen und Impfungen nicht in allen Weltregionen wie gewöhnlich durchgeführt werden. Familiendienste und psychosoziale Unterstützungsangebote haben ihr Angebot häufig eingeschränkt. Für den Bereich der Wirtschaft wird dargestellt, dass die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie das Armutsrisiko für Kinder massiv ansteigen ließen. Durch Schulschließungen sei auch der Bereich der Bildung stark betroffen. Neben negativen Effekten für den Lernerfolg der Kinder sei dadurch ihr soziales Leben eingeschränkt. Aus einigen Ländern gibt es Anhaltspunkte, dass Gewalt gegen Kinder und häusliche Gewalt sich während der Isolation durch die Pandemie verschärft haben. Da die Datenlage hier nicht eindeutig ist, wird dazu weitere Forschung benötigt.

- [UNICEF: Beyond Masks: Societal impacts of COVID-19 and accelerated solutions](#) 

Eurochild: Bericht zur Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf Kinder in Europa

Eurochild hat einen Bericht zu den Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf die mentale Gesundheit, die familiären Bedingungen, Bildungsungleichheiten und das Armutsrisiko von Kindern veröffentlicht. Anhand der Daten aus 25 europäischen Ländern aus August und September zeige sich, dass die Coronakrise bestehende Ungleichheiten auch für Kinder verschärft habe: Armut und Bildungsnachteile bereits zuvor gefährdeter Gruppen hätten sich verstärkt. Die finanzielle Belastung und die Isolation der Familien unter den Kontaktbeschränkungen belasten die psychische und physische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. Der ungleiche Zugang von Kindern zu digitalen Medien habe an Bedeutung gewonnen, da er während der Schulschließungen zur Bedingung für Teilnahme am Unterricht wurde. Der Bericht enthält zudem eine Einschätzung zur Situation in den betrachteten Staaten und Empfehlungen für sozialpolitische Maßnahmen. Dabei stehe die Ausarbeitung wirksamer und ganzheitlicher Strategien zur Bekämpfung von Kinderarmut an erster Stelle. Zudem müsse die Kindergarantie umgesetzt und mehr EU-Förderung zur Durchsetzung von Kinderrechten zur Verfügung gestellt werden.

- [Growing up in lockdown: Europe's children in the age of COVID-19](#)  

Ausschuss für Sozialschutz: Jahresbericht 2020

Der Ausschuss für Sozialschutz (Social Protection Committee, SPC) hat seinen Jahresbericht mit einer Übersicht der sozialen Situation und sozialpolitischer Maßnahmen in den EU-Staaten veröffentlicht. In diesem Jahr werden auch die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie und die sozialpolitischen Maßnahmen zu ihrer Eindämmung einbezogen. Dem Bericht zufolge war die durchschnittliche Zahl von Armut und sozialer Exklusion Betroffener seit dem Jahr 2008 kontinuierlich gesunken. Durch die Coronakrise habe sich das stetige Wirtschaftswachstum und damit seine positiven sozialen Effekte verlangsamt. Massenarbeitslosigkeit konnte zwar mit Kurzarbeiterregelungen entgegengewirkt werden, es seien jedoch höhere Arbeitslosenzahlen 2021 zu erwarten. Der Ausschuss ruft die europäischen Institutionen auf, in den sozialpolitischen Maßnahmen zur Bewältigung der Krise die Europäische Säule sozialer Rechte zu beachten. Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut und sozialer Exklusion sollten die Situation besonders vulnerabler Gruppen wie Kindern, Menschen mit Behinderungen und MigrantInnen berücksichtigen.

- [2020 Annual Report of the Social Protection Committee](#) 

Bevorstehende Veranstaltungen

Datum/ Ort	Titel der Veranstaltung	Veranstalter
01. Dez 2020 Online	smart, aber fair – wie Digitalisierung alle mitnehmen kann	VENRO, AGF und weitere
01. Dez 2020 Online	Arm dran ist nicht gleich arm. Was bedeutet soziale Ungleichheit im Kontext einer Krise?	Einstein Center for Population Diversity
02. Dez 2020 Online	EU Conference: Joining Forces for a socially sustainable post-Covid Europe	Solidar, FEPS
03. Dez 2020 Online	OECD Forum Series: Healthcare Systems & Digitalisation	OECD
10. Dez 2020 Online	Silver Rose Awards 2020	Solidar, S&D Group European Parliament
10. Dez 2020 Online	COVID-19: Mitigating Impact and Overcoming the Crisis - Fundamental Rights and Rule of Law Aspects	EESC
10. Dez 2020 Online	Bridging Legal and Empirical Research Methods in Migration Research: What are the Challenges?	Project VULNER (Horizon 2020)
11. Dez 2020 Online	Translating migration theory into empirical propositions	QuantMig

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) und in der International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR) aktiv.



AGF e.V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Str. 14, 10785 Berlin ·
Tel.: + 49 (0) 30 2902825-78
E-Mail: europa@ag-familie.de · Web: <http://ag-familie.de>
Redaktion: Olga Kedenburg, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)

Die AGF wird gefördert vom

